

## **Konsens und Konflikt**

„Ernster Wille, Schaffensfreude und Begeisterung für das öffentliche Wohl wirken zu wollen, sind die Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit. Das burgenländische Volk muß auch zur Erkenntnis gelangen, daß politische Gegnerschaft nicht Feindschaft bedeutet, daß wir trotz gegensätzlicher Anschauungen nebeneinander leben müssen und daß dieses Leben für uns alle nur dann erträglich wird, wenn jeder die Rechte seines Mitmenschen achtet, wenn niemand in der Ausübung seiner Rechte gestört und wenn auch bei Meinungsverschiedenheiten ein mittlerer Weg gefunden wird, der auch für den politischen Gegner gangbar ist.“  
(aus der Antrittsrede von Landeshauptmann Josef Rauhofer am 4.1.1924, Stenographisches Protokoll)

### **Burgenländische Landespolitik 1922–1927**

Am 1. Jänner 1922 fand die Landwerdung des Burgenlandes mit der Übergabe des Ödenburger Abstimmungsgebietes an Ungarn (bis auf kleine Grenzkorrekturen) ihren Abschluss. Am 18. Juni 1922 erfolgte die erste Landtagswahl im Burgenland und diese brachte einige Überraschungen: Die Sozialdemokraten erreichten 38,1% der Stimmen und wurden damit stärkste Fraktion im Landtag, während die Christlichsozialen mit 31,2% nur den zweiten Platz errangen. Der Sieg der Sozialdemokraten war genauso überraschend wie das gute Abschneiden des Burgenländischen Bauernbundes, der mit 17,1% deutlich die Großdeutsche Volkspartei mit 12,8% überflügelte. Umgemünzt auf die Mandatsverteilung bedeutete dies 13 Mandate für die Sozialdemokraten, 10 für die Christlichsozialen, 6 für den Bauernbund und 4 Mandate für die Großdeutsche Volkspartei.

Die ersten Wahlen im Burgenland spiegelten deutlich die politische Struktur des Landes wider: Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei rekrutierte den Großteil ihrer Wähler aus den Wanderarbeiterorten des nördlichen Burgenlandes. Darüber hinaus war es ihr gelungen, auch viele Landarbeiter der Gutshöfe, Kleinbauern und Kleinpächter, die wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht besser gestellt waren als die Arbeiter, für sich zu gewinnen.

Das mittlere Burgenland (Bezirk Oberpullendorf) teilte sich in zwei politische Landschaften – in die sozialdemokratischen Dörfer des nördlichen Stooftales und des Beckens von Deutschkreutz –, die vorwiegend Wanderarbeiter bewohnten, sowie in den konservativen Süden und Westen des Bezirkes, wo vor allem bäuerliche Strukturen vorherrschten.

Die drei südlichen Bezirke waren überwiegend konservativ, wobei aber nicht die christlichsoziale Partei, sondern der Bauernbund die stärkste Partei stellte.

Die Kroaten – rund 15% der burgenländischen Bevölkerung – wählten nicht einheitlich eine Partei, sondern waren in zwei Lager gespalten: Während jene des mittleren und südlichen Burgenlandes dem christlichsozialen Lager angehörten, hatten sich ihre nördlichen Volksgenossen der Sozialdemokratie angeschlossen.

Während es auf Bundesebene Dr. Ignaz Seipel gelungen war, eine Koalition von Christlichsozialen und Großdeutschen zu bilden (im Mai 1922 und damit am Höhepunkt des burgenländischen Wahlkampfes), gelang es dem sozialdemokratischen Parteiführer Ludwig Leser, im Burgenland eine bürgerliche Koalition zu verhindern. Am 19. Juli 1922 konstituierte sich die erste Regierung des Burgenlandes als Konzentrationsregierung. Landeshauptmann wurde der bisherige, parteiunabhängige, Landesverwalter Dr. Alfred Rausnitz.

Zu den heikelsten Problemen, die es umgehend zu lösen galt, zählte die Schulfrage. Im Unterschied zu Österreich, wo seit dem Reichsvolksschulgesetz von 1867 der Staat für die Schule verantwortlich war und im Wesentlichen deren Lerninhalte bestimmte, standen die Schulen in Ungarn bis auf geringe Ausnahmen unter der Aufsicht der Kirche, insbesondere unter jener der katholischen. Diese Zustände waren für die sozialdemokratische Arbeiterpartei sowohl ideologisch als auch machtpolitisch unerträglich – das „klerikale Monopol“ auf Bildung sollte ein für alle mal gebrochen werden. Der „Angriff“ auf das Schulgesetz erfolgte aber nicht von sozialdemokratischer Seite selbst, sondern wurde vom Schulreferenten und großdeutschen Abgeordneten Dr. Alfred Walheim eingebracht. Der Antrag wurde auch von den Bauernbündlern unterstützt. Mit dieser Mehrheit gelang es, die Christlichsoziale Partei zu überstimmen, allerdings wurde das Gesetz auf Bundesebene blockiert. Nur das Schulpflichtgesetz, in dem die bisherige sechsjährige Schulpflicht auf acht Jahre verlängert wurde, konnte im Juli 1923 durchgebracht werden. Der Schulstreit blieb nach wie vor brisant und war indirekt auch die Ursache für den Sturz des Landeshauptmannes Rausnitz, der in dieser Angelegenheit immer mehr zur Christlichsozialen Partei tendierte. Zum unmittelbaren Anlass für den Sturz von Rausnitz wurde seine Haltung in der Landeshauptstadtfrage, in der sich dieser für das „Wiener Neustadt Projekt“ exponierte. Dieses sah vor, die alte Theresianische Akademie aus der übrigen Stadt

herauszulösen und zum burgenländischen Regierungssitz zu machen – ein Plan, den man Rausnitz ankreidete.

Um einem Misstrauensantrag zu entgehen, demissionierte Rausnitz selbst am 14. Juli 1923. Dieser Rücktritt erfolgte in der gleichen Landtagssitzung, in der die politischen Parteien die Übereinkunft geschlossen hatten, keine privaten Wehrformationen aufzustellen bzw. solche zu unterstützen. Noch am selben Tag wurde Dr. Alfred Walheim zum neuen Landeshauptmann gewählt. Die dadurch freigewordene Landesratstelle, die proporzmäßig den Sozialdemokraten zufiel, wurde von Ignaz Till besetzt. Die neue Stärke der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei kam de facto kaum mehr zum Tragen, da das ganze Jahr 1923 von einem scharfen Wahlkampf – zuerst Gemeinderatswahlen (25. März), dann Nationalrats- und Landtagswahlen (21. Oktober) – erfüllt war.

Die Landtagswahlen mit einer erschreckend niedrigen Wahlbeteiligung von nur 70% brachten für die Sozialdemokraten, mit einem Verlust von 3.000 Stimmen, eine große Enttäuschung. Die geringe Wahlbeteiligung hatte eine ihrer Ursachen in der Wahlmüdigkeit, die sich besonders bei den Wanderarbeitern, die fast ausschließlich sozialdemokratische Wähler waren, auswirkte.

Der Christlichsozialen Partei hingegen gelang es, über 5.000 Stimmen dazu zu gewinnen, und darüber hinaus den Ruf einer „Magyaronenpartei“ loszuwerden.

Die Großdeutsche Partei musste die schwersten Verluste hinzunehmen, sie verlor 80% ihrer Stimmen.

Nach langen Verhandlungen kam es Ende 1923 zum Abschluss eines rot-schwarzen Koalitionsabkommens und am 4. Jänner 1924 schließlich zur Konstituierung des neuen Landtages und zur Wahl der neuen Regierung. Zum Landeshauptmann wurde der Christlichsoziale Josef Rauhofer gewählt.

Der Beginn der Ära Rauhofer verlief überraschend ruhig und politisch ausgeglichen. Die beiden Regierungsparteien hatten in ihren Koalitionsvereinbarungen festgelegt, ihre radikalen und dem Partner unangenehmen Forderungen beiseite zu lassen oder nur gemeinsam zu lösen. Zur ersten Bewährungsprobe der großen Koalition wurde wiederum die Schulfrage. Der überraschend schnelle Kompromiss in dieser Angelegenheit hatte seinen Grund vor allem in der Tatsache, dass beide Parteien massive parteiinterne Probleme – in erster Linie Flügelkämpfe und interner Widerstand gegen die Koalition – zu lösen hatten und sich einen Bruch der Koalition

nicht leisten konnten. Im Frühjahr 1925 erlitt die Koalition einen schweren Rückschlag: Landeshauptmann Rauhofer sah sich außer Stande, seine Partei weiter zu führen, und kapitulierte. Er nahm die Landeshauptstadtfrage zum Anlass, am 30. April 1925 überraschend zurückzutreten. An diesem Tag entschied der Landtag, aus den drei in die engere Auswahl kommenden Orten Eisenstadt, Sauerbrunn und Pinkafeld ersteren zum „Sitz der Landesregierung“ zu wählen – Rauhofer hatte sich für Sauerbrunn eingesetzt und hielt das „Eisenstädter Projekt“ für finanziell nicht durchführbar.

Die Demission Rauhofers führte zu einer schweren politischen Krise, die sich bis Dezember 1925 hinzog („Lesers Interregnum“ kontra der Versuch einer Christlichsozialen-Landbund-Koalition). Erst dann kam es wieder nach längeren Parteienverhandlungen zu einer Konzentration aller drei Parteien des burgenländischen Landtages. Der neuen Regierung standen erneut Rauhofer und als sein Stellvertreter Leser vor. Die folgenden Monate verliefen ruhig und konstruktiv, die gespannte Atmosphäre bei den Landtagsdebatten war einem sachlichen Ton gewichen und auch die Parteipresse gab sich moderat. Dieses friedliche Bild der burgenländischen Politik wurde allerdings durch die so genannte Mandatsaberkennungsaffäre Walheim und Voit getrübt, im Zuge derer die Christlichsozialen und Bauernbündler aneinander gerieten. Es kam wieder zu einer politischen Krise, bis die Bauernbündler im April 1926 in Opposition gingen.

Wenige Monate später begann der Wahlkampf für die am 24. April 1927 stattfindenden Landtags- und Nationalratswahlen. Diese sollten, so hofften die beiden großen Parteien, eindeutige Mehrheiten bringen.

Bei den Gemeinderatswahlen am 20. März 1927, die sich durch eine erhöhte Wahlberechtigung und eine starke Wahlbeteiligung auszeichneten, gelang es sowohl den Sozialdemokraten als auch den Christlichsozialen, im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen 1923 beträchtliche Stimmen zu gewinnen.

Was den Wahlkampf für die Landtags- und Nationalratswahlen betraf, so hatten die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen in Hinblick auf die Ereignisse von Schattendorf ein Übereinkommen getroffen, worin sich *„die Parteien verpflichten, den Wahlkampf mit sachlichen Argumenten zu führen und auf ihre Angehörigen nachdrücklich einzuwirken, daß jede Störung der gegnerischen Agitation mit gewaltsamen Mitteln unterbleibe. Insbesondere verpflichten sich die unterfertigten Parteivertreter, ihre Parteiangehörigen von Störungen und Sprengungen der*

*Versammlungen anzuhalten.“ (Eisenstadt, am 7. März 1927, unterzeichnet von Ludwig Leser und Johann Thullner, Burgenländische Heimat, 11.3.1927)*

Wie im übrigen Bundesgebiet bemühte sich die Christlichsoziale Partei im Wahlkampf auch im Burgenland, eine Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien aufzustellen. Während das christlichsoziale Werben um den Landbund wieder einmal fehlschlug, gelang mit den Großdeutschen und der Kroatenpartei eine Einigung auf eine Einheitsliste. Den beiden kleineren Parteien wurden entsprechende Mandate eingeräumt, so auch dem Führer der Kroatenpartei, Dr. Lorenz Karall, der sich bald an die Spitze der Christlichsozialen Partei emporarbeiten sollte.

Die Wahl ergab dann folgendes Resultat: Die Einheitsliste erhielt 42,38%, auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei entfielen 40,80% und der Landbund errang 16,66% der Stimmen. Für die Mandatsverteilung bedeutet dies: 14 für die Einheitsliste (3 für den NR), 13 für die Sozialdemokraten (3 für den NR) und 5 Mandate für den Landbund (1 für den NR). Damit hatten die beiden großen Parteien je ein Landtagsmandat gewonnen, die erhoffte Entscheidung aber war ausgeblieben. Nach vierwöchigen Verhandlungen war das Ergebnis wieder ein Kompromiss: eine Konzentrationsregierung unter Landeshauptmann Josef Rauhofer. Sein Stellvertreter wurde erneut Ludwig Leser.